



© Thomas Hutter

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Ausgabe für Lernende

Selbstbestimmungsinitiative

Ausgabe 11, 2018

Raphael Capaul und Roman Capaul





© by KLV Verlag AG

Alle Rechte vorbehalten

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit dem Verlag in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: rechte@klv.ch oder Telefon 071 845 20 10.

Layout und Cover: KLV Verlag AG

Ausgabe 11, 2018

KLV Verlag AG | Quellenstrasse 4e | 9402 Mörschwil
Telefon +41 71 845 20 10 | Fax +41 71 845 20 91
info@klv.ch | www.klv.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Liebe Schülerinnen und Schüler

w&p aktuell



Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II (Gymnasien und Berufsfachschulen) ist die Ausbildung von Ihnen zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Sie sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Im Unterricht soll die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen gefördert werden. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein wichtiges Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Mit diesen Unterrichtseinheiten möchten wir Sie motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass Sie bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, um halbjährlich ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Werte, Einstellungen und Interessen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

«Wirtschaft & Politik aktuell»

1 Einstieg

Bundesrat zur Selbstbestimmungsinitiative (25.09.2018)

<https://tp.srgssr.ch/p/portal?urn=urn%3Asrf%3Avideo%3A5e7fe907-b2ec-43d6-bd55-b267d0854519&autoplay=true&legacy=true&width=640&height=360&playerType=>

Weitere mögliche Videos:

«Kampf um Selbstbestimmung» (25.05.2018)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/kampf-um-selbstbestimmung?id=7615bb03-1821-46afb09e-04272762768b&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7>

«Schweizer Recht vor Völkerrecht» (10.03.2018)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schweizer-recht-vor-voelkerrecht?id=635a42cc-8cad-48ac-bdf1-b7371e43751a&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7>

Umfrage in der Klasse

Wie würden Sie jetzt mit dem momentanem Vorwissen abstimmen?

Ja	Nein	Enthaltung

Klassenstunde

Einmal wöchentlich hält Ihre Klasse eine Klassenstunde ab, welche sich dem Innenleben der Klasse widmet. Ihre Lehrperson und jegliche weiteren Autoritätspersonen halten sich dabei jeweils im Hintergrund, da die Klasse unter sich diskutieren und allfällige Traktanden demokratisch abhandeln soll. Ihre Mitschülerin Franziska Frechdachs schlägt vor, demokratisch abzustimmen, welche(r) MitschülerIn verprügelt werden soll.

Wie stehen Sie zu diesem Verfahren? Begründen Sie Ihre Wahl.

- Das Verfahren ist völlig legitim, da die Klasse aus mündigen Subjekten besteht, welche durch eine demokratische Abstimmung einen Mehrheitsentscheid treffen.
- Die Abstimmung lässt sich nicht mit den Regeln der Schulleitung vereinbaren. Es gilt, die Regeln der Schulleitung zu beachten, welche die Unversehrtheit der Schüler schützt.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Masseneinwanderungsinitiative

Das Schweizer Stimmvolk hat am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Der Verfassungstext verpflichtet Bundesrat und Parlament, innert dreier Jahre ein neues Zulassungssystem einzuführen, welches der Schweiz künftig ermöglicht, die Zuwanderung zu steuern. Der Bundesrat hatte bereits vor der Abstimmung darauf hingewiesen, dass dieser neue Verfassungsartikel nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der Europäischen Union (EU) vereinbar ist, und damit auch nicht mit den Bilateralen Verträgen. Welche Umsetzung bevorzugen Sie? Begründen Sie Ihre Wahl.

- a) Eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die kompatibel mit dem Freizügigkeitsabkommen und den Bilateralen Verträgen ist, den Zuwanderungsartikel in der Verfassung allerdings nicht vollständig umsetzt.
- b) Die wortgetreue Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, ohne Rücksicht auf Verlust hinsichtlich internationaler Verträge.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

2 Ausgangslage: Welches sind die Beweggründe der Initianten?

Quelle: Botschaft des Bundesrates als PDF auf

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/5355.pdf>

Argumentation SVP:

https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Argumentarium_Selbstbestimmungsinitiative-d-2.pdf

Auftrag 1: Weshalb ist eine Reform notwendig?

Informieren Sie sich über die treibenden Faktoren, welche die Initianten zur Lancierung der Initiative veranlasst haben.

Das Wichtigste in Kürze

Nach geltendem Verfassungsrecht ist das Völkerrecht für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend. Völkerrecht ist also grundsätzlich auch dann anzuwenden, wenn es mit dem Verfassungsrecht im Konflikt steht. Laut Selbstbestimmungsinitiative würde der Bundesverfassung ein genereller Vorrang eingeräumt werden gegenüber dem Völkerrecht (ausser in Fällen von zwingendem Völkerrecht, z.B. Folterverbot). Künftig wären nur noch diejenigen völkerrechtlichen Verträge massgebend, deren Genehmigungsbeschluss dem Referendum unterstanden hat. Die Behörden sollen verpflichtet werden, der Verfassung widersprechende völkerrechtliche Verträge anzupassen und nötigenfalls zu kündigen.

Die Selbstbestimmungsinitiative wurde von der rechtspopulistischen Partei SVP lanciert. Als Motivation wird die Initiative als «Schweizer Recht statt fremde Richter» betitelt. Die anderen grossen Parteien von links bis bürgerlich sowie zahlreiche weitere Organisationen haben sich gegen die Selbstbestimmungsinitiative ausgesprochen. Die Initiative weise innere Widersprüche auf. Eine Annahme habe negative aussenpolitische und wirtschaftliche Konsequenzen auf Grund von Rechts- und Planungsunsicherheit. Auch der Aspekt der Menschenrechte sei problematisch. Von bestimmten Gegnern wird die Initiative deshalb auch als «Anti-Völkerrechts-Initiative» betitelt. Auch der Bundesrat empfiehlt, die Initiative abzulehnen. Die Vorlage kommt am 25. November 2018 zur Abstimmung.

Politischer Kontext

Einige Initiativen der SVP tangieren das Völkerrecht. Gewisse Initiativen konnten nur so weit umgesetzt werden, dass sie dem internationalen Recht nicht widersprechen. Insbesondere nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (2014) ging in der Schweiz eine hitzige Kontroverse los, weil die bilateralen Verhandlungen mit der EU neu ausgehandelt werden müssen. Ein lanciertes Referendum gegen die Umsetzung scheiterte jedoch klar an den notwendigen 50 000 Unterschriften. Auf diesem Hintergrund lancierte die SVP im März 2015 die Selbstbestimmungsinitiative.

Exkurs: grundlegende Begriffe

Direkte Demokratie

Im Entscheidungssystem der Schweiz wirken Regierung, Parlament und Volk zusammen. Dem Volk kommt mit dem Initiativ- und Referendumsrecht die höchste demokratische Legitimation zu. Das Volk behält die Mitwirkung und Letztentscheidung in allen wichtigen Politikfragen, die auf Verfassungsebene zu lösen sind (obligatorisches Referendum und Volksinitiative). Auch auf der Ebene der Gesetzgebung oder eines Bundesbeschlusses gibt es die Möglichkeit des fakultativen Referendums.

Evtl. Video → <https://www.srf.ch/play/tv/news-clip/video/direkte-demokratie-in-der-schweiz?id=0b515c2d-5c87-4c48-a64f-89a814510160>

Schweizer Rechtsordnung

Die Bundesverfassung ist der Grundstein der Schweizer Rechtsordnung. Gesetze wurzeln in der Verfassung und führen die Verfassungsartikel genauer aus. Verordnungen führen wiederum Gesetze genauer aus.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Verfassungsgerichtsbarkeit

Verfassungsgerichtsbarkeit ist die Überprüfung, ob Gesetze etc. mit der Verfassung vereinbar sind. Falls eine Verfassungsgerichtsbarkeit vorherrscht, gibt es eine unabhängige Instanz, die entsprechende Prüfungen vornimmt. Die Verfassungsgerichtsbarkeit ist dazu gedacht, die Bürger vor unrechtmässigen Eingriffen des Staates zu schützen. In der Schweiz gibt es keine Verfassungsgerichtsbarkeit, die davor schützt, dass Bundesgesetze durch die Grundrechte geschützten Freiheiten verletzen.

Völkerrecht

Völkerrecht sind Verträge zwischen zwei oder mehreren Staaten. Die Schweiz ist gegenwärtig an rund 45 000 internationale Verträge gebunden.

Evtl. Video → <https://www.youtube.com/watch?v=I4vu1BJNElg>

Menschenrechte

Menschenrechte sind auch in völkerrechtlichen Verträgen geregelt. In Europa gibt es die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Menschenrechte sind Rechte, die einem jeden Menschen ungeachtet aller seiner sonstigen Eigenschaften (Glauben, Volkszugehörigkeit, Geschlecht, etc.) zustehen.

Evtl. Video → <https://www.youtube.com/watch?v=Layaf3M3u6I>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

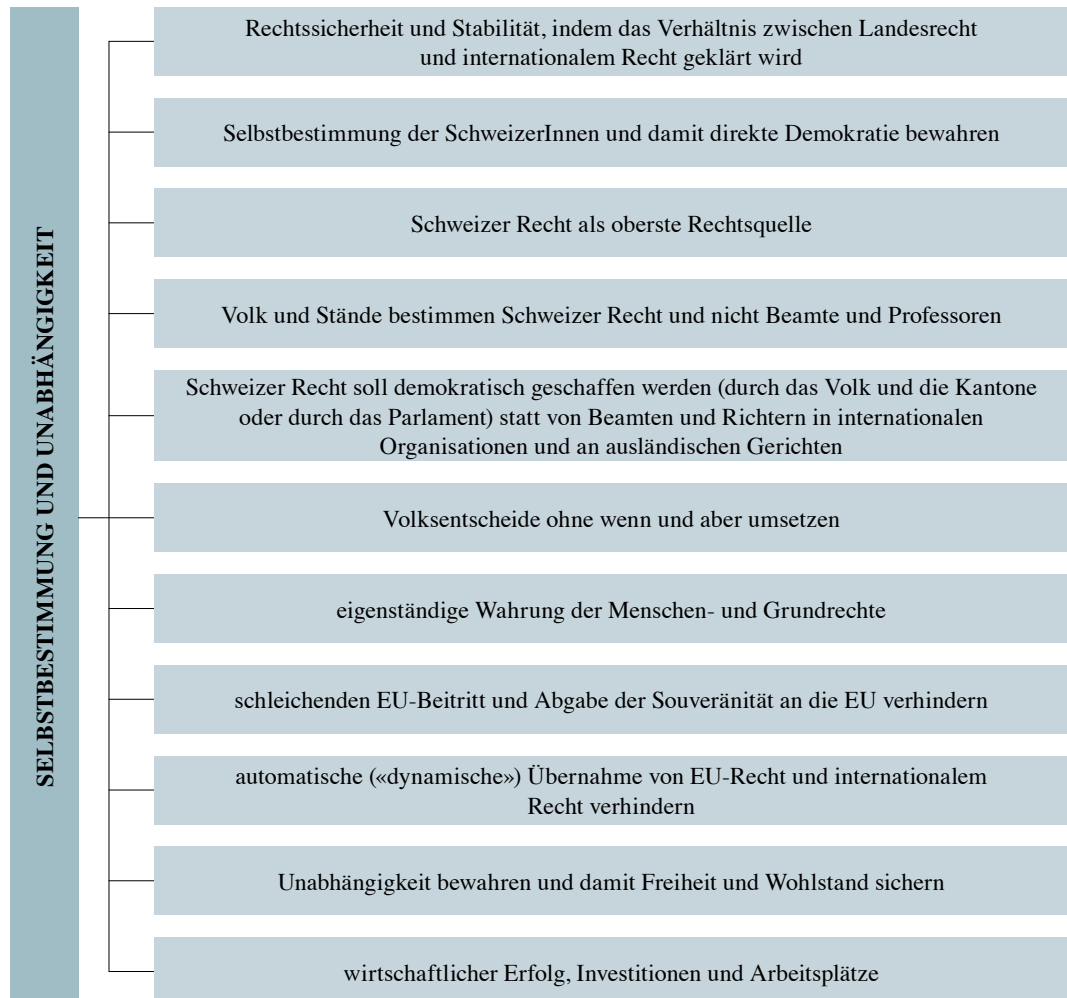
3 Inhalt der Initiative

Quelle: Botschaft des Bundesrates als PDF auf

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/5355.pdf>

Argumentation SVP: <https://www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/selbstbestimmungsinitiative/>

Grafik 2: Ziele der Initiative



Quelle: eigene Darstellung

Aufbau der Initiative

Mit der Selbstbestimmungsinitiative sollen die Artikel 5 und 190 der Bundesverfassung ergänzt und es soll ein neuer Artikel 56a in die Verfassung eingefügt werden. Eine Übergangsbestimmung soll festhalten, dass die geänderten Verfassungsbestimmungen auf alle bereits bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen anwendbar sind.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 5 Abs. 1 und 4

¹ Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht. Die Bundesverfassung ist die oberste Rechtsquelle der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

⁴ Bund und Kantone beachten das Völkerrecht. Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Art. 56a Völkerrechtliche Verpflichtungen

¹ Bund und Kantone gehen keine völkerrechtlichen Verpflichtungen ein, die der Bundesverfassung widersprechen.

² Im Fall eines Widerspruchs sorgen sie für eine Anpassung der völkerrechtlichen Verpflichtungen an die Vorgaben der Bundesverfassung, nötigenfalls durch Kündigung der betreffenden völkerrechtlichen Verträge.

³ Vorbehalten sind die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.

Art. 190 Massgebendes Recht

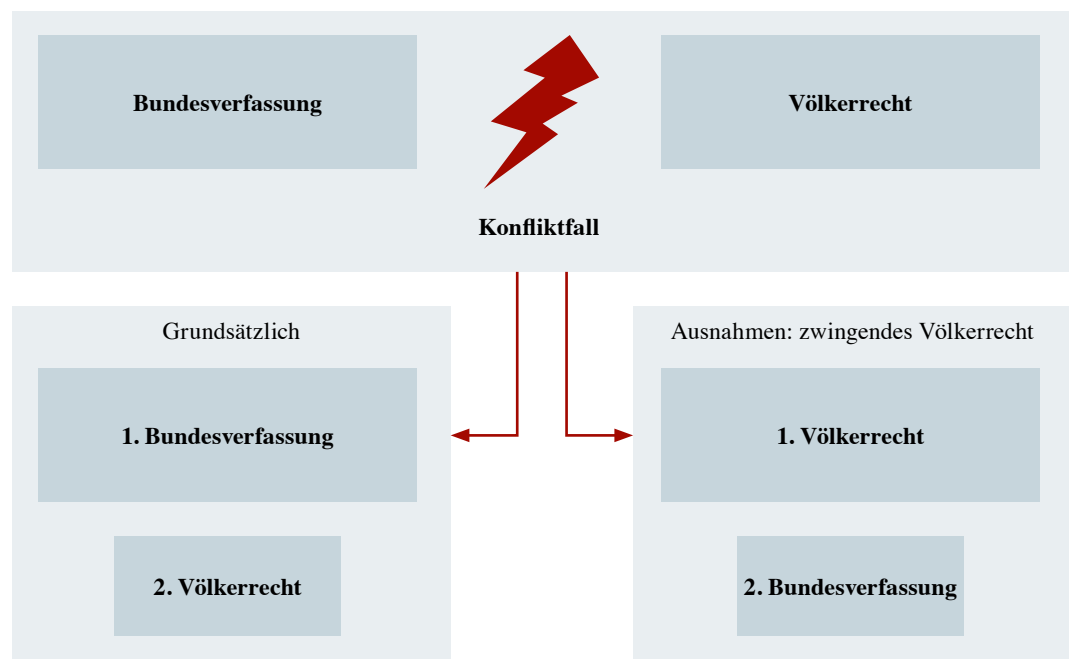
Bundesgesetze und völkerrechtliche Verträge, deren Genehmigungsbeschluss dem Referendum unterstanden hat, sind für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend.

Art. 197 Ziff. 12¹

12. Übergangsbestimmung zu Art. 5 Abs. 1 und 4 (Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns), Art. 56a (Völkerrechtliche Verpflichtungen) und Art. 190 (Massgebendes Recht)

Mit ihrer Annahme durch Volk und Stände werden die Artikel 5 Absätze 1 und 4, 56a und 190 auf alle bestehenden und künftigen Bestimmungen der Bundesverfassung und auf alle bestehenden und künftigen völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes und der Kantone anwendbar.

Grafik 3: Massnahmen der Initiative



Quelle: eigene Darstellung

«Wirtschaft & Politik aktuell»

4 Argumentation der Pro-Seite

Quelle: <https://www.selbstbestimmungsinitiative.ch/argumente/>

Auftrag 2: Text 1 «JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie»

Lesen Sie den Text 1 «JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie», welcher die Position der Befürworter zeigt.

JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie

In der Schweiz haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Rahmen von Volksabstimmungen das letzte Wort bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Diese weltweit einzigartige Selbstbestimmung in Form der bewährten direkten Demokratie hat der Schweiz Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gebracht. Die Selbstbestimmungsinitiative sichert die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger als wichtigen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz auch in Zukunft.

Bürgerinnen und Bürger bestimmen

Mittels Initiativen und Referenden können wir in der Schweiz bei allen wichtigen Vorlagen entscheiden. Dank diesem Recht behalten wir als Bürger die Kontrolle über unsere Rechtsordnung, unser Leben, unsere Heimat und unsere Zukunft.

Volksentscheide müssen gelten

Wir können in der Schweiz selber bestimmen, wie hoch unsere Steuern sind, ob und wie man unsere Landschaft vor Überbauung oder heimische Arbeiter vor Lohndumping schützt. Zentral für das Funktionieren unserer direkten Demokratie ist, dass Volksentscheide auch respektiert und umgesetzt werden.

Selbstbestimmung gefährdet

Internationale Gremien und Behörden weiten den Geltungsbereich der internationalen Verträge jedoch laufend aus. So setzen Politiker und Gerichte in letzter Zeit mit Verweis auf internationale Verträge Schweizer Volksentscheide nicht mehr oder nur teilweise um. Diese Tendenz führt zu Rechtsunsicherheit. So können beispielsweise verurteilte Straftäter nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, weil sie sich auf internationales Recht berufen. Oder die eigenständige Steuerung der Zuwanderung wird – trotz Volksentscheid – mit Verweis auf das Freizügigkeitsabkommen mit der EU nicht umgesetzt.

Direkte Demokratie schützen

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft hier Klarheit und Rechtssicherheit. Demokratisches schweizerisches Verfassungsrecht ist in der Schweiz die oberste Rechtsquelle. Im Konfliktfall soll es gegenüber internationalem Recht Vorrang haben. Ausgenommen ist natürlich das zwingende Völkerrecht. Auch die Menschenrechte sind dadurch nicht tangiert, da diese bereits in unserer Verfassung festgeschrieben sind.

Ein JA zur Selbstbestimmungsinitiative

- sichert das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft;
- schützt die direkte Demokratie und damit das Erfolgsmodell Schweiz;
- schafft Rechtssicherheit;
- erhält die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

5 Argumentation der Contra-Seite

Quelle: <https://www.economiesuisse.ch/de/schwerpunkte/selbstbestimmungsinitiative>

Evtl. Video → https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=cljhf6iFCY

oder <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schlecht-fuer-die-wirtschaft?id=2d006b96-8d6b-46a4-824a-3607a439f5e3>

Auftrag 3: Text 2 «economiesuisse»

Lesen Sie den Text 2 «Selbstbestimmungsinitiative (SBI)», welcher die Position der Gegner zeigt.

Selbstbestimmungsinitiative (SBI)

Die Initiative

- gefährdet 600 wirtschaftsrelevante Abkommen.
- verstösst gegen völkerrechtliche Prinzipien.
- lässt viele Fragen unbeantwortet und schafft Rechtsunsicherheit.
- gefährdet WTO-Verträge.
- schwächt die Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin und isoliert sie international.
- setzt den bilateralen Weg mit der EU aufs Spiel.
- nimmt die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention in Kauf.

600 Wirtschaftsabkommen betroffen

Als offene und international vernetzte Volkswirtschaft ist die Schweiz auf stabile vertragliche Beziehungen angewiesen. Diese sichern Marktzugang und den Schutz der eigenen Interessen – auch durch internationale Schiedsverfahren. Die SBI will ein funktionierendes System aushebeln. Rund 600 Abkommen mit wirtschaftsrelevantem Inhalt wären potenziell davon betroffen, darunter wichtige Abkommen in den Bereichen internationaler Handel, Investitionen oder geistiges Eigentum.

Verstoss gegen völkerrechtliche Prinzipien

Die Initiative destabilisiert die rechtliche Rahmenordnung der Schweiz und schafft grosse Unsicherheiten im In- und Ausland. Nicht zuletzt verstösst sie damit auch gegen international etablierte völkerrechtliche Prinzipien. So kann sich kein Land auf innerstaatliches Recht berufen, um die Nichterfüllung eines eingegangenen internationalen Vertrags zu rechtfertigen.

Unklare Formulierungen im Initiativtext

Der unklar formulierte und sich teils widersprechende Initiativtext lässt wichtige Fragen unbeantwortet (z. B. «nötigenfalls», «Widerspruch», ungeklärte Kündigungs-kompetenz). Damit schafft die Vorlage zusätzliche Rechtsunsicherheit.

WTO-Abkommen kaum neuverhandelbar

Im Falle neuer Verfassungsbestimmungen (z. B. Agrarpolitik), die im Widerspruch zu bestehenden WTO-Abkommen stünden, müssten diese neu verhandelt oder nötigenfalls gekündigt werden. Eine Anpassung der Abkommen auf dem Verhandlungsweg mit 164 WTO-Mitgliedern dürfte kaum gelingen. Eine Kündigung dieser Verträge hätte für die Schweizer Aussenwirtschaft schwerwiegende Konsequenzen.

Schweiz international im Abseits

Die Initiative untergräbt das Gleichgewicht von Rechten und Pflichten, indem sie selbst die Einhaltung von internationalen Abkommen nur noch unter Vorbehalt garantieren kann. Die Schweiz schwächt sich damit selbst als verlässliche Vertragspartnerin und isoliert sich international. Das Image des Wirtschaftsstandorts Schweiz würde damit Schaden nehmen und künftige Freihandelsverhandlungen massiv erschweren.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Weiterführung des bilateralen Wegs auf dem Spiel

Gemäss SBI müssen sämtliche internationale Abkommen der Schweiz neu verhandelt oder nötigenfalls gekündigt werden, sollten sie einer neueren Verfassungsbestimmung widersprechen. Dieser Dauervorbehalt gefährdet direkt den bilateralen Weg mit der EU (Widerspruch Bundesverfassung vs. Freizügigkeits- oder Landverkehrsabkommen).

Rechtlicher Schutz von Bürgern und Unternehmen geschwächt

Die Initiative entbindet die Schweiz von der Verpflichtung, sich an die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu halten und setzt damit die Mitgliedschaft im Europarat aufs Spiel. Dadurch gefährdet die Vorlage auch den rechtlichen Schutz von Schweizer Bürgern und Unternehmen in anderen Ländern, denn die EMRK beinhaltet u.a. das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, die freie Meinungsäusserung oder den Schutz der Privatsphäre.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

6 Leitfragen

Beantworten Sie die folgenden Fragen zu Text 1 «JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie» und Text 2 «Selbstbestimmungsinitiative (SBI)».

Auftrag 4: JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie

- 1) Weshalb sehen die Initianten die Selbstbestimmung in der Schweiz gefährdet?
- 2) Was versprechen sich die Initianten von der Selbstbestimmungsinitiative?
- 3) Weshalb finden die Initianten es zentral, dass die StimmbürgerInnen bei allen wichtigen politischen Entscheidungen das letzte Wort haben?
- 4) Was macht in den Augen der Initianten das «Erfolgsmodell Schweiz» aus?

Auftrag 5: Selbstbestimmungsinitiative (SBI)

- 5) Weshalb ist die Schweizer Volkswirtschaft auf stabile vertragliche Beziehungen angewiesen?
- 6) Inwiefern schafft die Initiative eine grosse Rechtsunsicherheit?
- 7) Wie schätzt economiesuisse die Auswirkungen der Selbstbestimmungsinitiative auf die Bilateralen Verträge mit der EU und die WTO-Abkommen ein?
- 8) Weshalb gefährdet die Initiative den rechtlichen Schutz von Schweizer Bürgern und Unternehmen?

«Wirtschaft & Politik aktuell»

7 Gegenüberstellung von Pro- und Contra-Argumenten

Auftrag 6: Diskussion von Pro und Contra

Diskutieren Sie die Argumente der Pro- und Contra-Seite in der Klasse.

Mögliche Fragen/Themenschwerpunkte:

- Dringlichkeit: Wie gross ist der Handlungsdruck in Bezug auf die Thematik der Selbstbestimmungsinitiative?
- Rechts(un)sicherheit: Schafft die Initiative Rechtsunsicherheit?
- Selbstbestimmung/Fremdbestimmung: Wie sieht das Verhältnis der Bundesverfassung und des Völkerrechts aus?
- Menschenrechte: Welche Auswirkungen hat die Annahme der Selbstbestimmungsinitiative auf die Menschenrechtssituation in der Schweiz?
- Aussenpolitik: Welche Chancen und Gefahren sehen Sie in der Initiative für die Schweiz als wirtschaftlicher und politischer Akteur auf der Weltbühne?
- Demokratie: Ist die Initiative demokratisch?
- Ausblick: Wie geht es weiter, wenn die Vorlage angenommen oder abgelehnt wird?

Abschluss

- Kurze Zusammenfassung
- Klassenumfrage

Wie würden Sie nach dieser Unterrichtseinheit abstimmen?

- Wer hat seine Haltung durch die Auseinandersetzung mit dem Thema verändert?
Wieso und in welche Richtung?

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Masseneinwanderungsinitiative

Das Schweizer Stimmvolk hat am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Der Verfassungstext verpflichtet Bundesrat und Parlament, innert dreier Jahre ein neues Zulassungssystem einzuführen, welches der Schweiz künftig ermöglicht, die Zuwanderung zu steuern. Der Bundesrat hatte bereits vor der Abstimmung darauf hingewiesen, dass dieser neue Verfassungsartikel nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der Europäischen Union (EU) vereinbar ist, und damit auch nicht mit den Bilateralen Verträgen.

- a) Eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die kompatibel mit dem Freizügigkeitsabkommen und den Bilateralen Verträgen ist, den Zuwanderungsartikel in der Verfassung allerdings nicht vollständig umsetzt.
 - b) Die wortgetreue Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, ohne Rücksicht auf Verlust hinsichtlich internationaler Verträge.
- Welche Umsetzung bevorzugen Sie?
 - Würden Sie nun anders entscheiden als zum Beginn der Lektion?
 - Begründen Sie Ihre Wahl und allfällige Differenzen zum erstmaligen Beantworten dieser Frage.

Klassenstunde

Einmal wöchentlich hält Ihre Klasse eine Klassenstunde ab, welche sich dem Innenleben der Klasse widmet. Ihre Lehrperson und jegliche weiteren Autoritätspersonen halten sich dabei jeweils im Hintergrund, da die Klasse unter sich diskutieren und allfällige Traktanden demokratisch abhandeln soll. Ihre Mitschülerin Franziska Frechdachs schlägt vor, demokratisch abzustimmen, welche(r) MitschülerIn verprügelt werden soll.

- a) Das Verfahren ist völlig legitim, da die Klasse aus mündigen Subjekten besteht, welche durch eine demokratische Abstimmung einen Mehrheitsentscheid treffen.
 - b) Die Abstimmung lässt sich nicht mit den Regeln der Schulleitung vereinbaren. Es gilt, die Regeln der Schulleitung zu beachten, welche die Unversehrtheit der Schüler schützt.
- Wie stehen Sie jetzt zu diesem Verfahren?
 - Würden Sie nun anders entscheiden als zum Beginn der Lektion?
 - Begründen Sie Ihre Wahl und allfällige Differenzen zum erstmaligen Beantworten dieser Frage.
 - Welche allfälligen Bezüge, Parallelen oder auch Unterschiede sehen Sie bei den Thematiken bezüglich Fragen zur Masseneinwanderungsinitiative und der Klassenstunde?

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Quellenverzeichnis

Videos

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/bundesrat-zu-selbstbestimmungsinitiative?id=5e7fe907-b2ec-43d6-bd55-b267d0854519> (Einstieg)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/kampf-um-selbstbestimmung?id=7615bb03-1821-46af-b09e-04272762768b&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7> (Einstieg)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schweizer-recht-vor-voelkerrecht?id=635a42cc-8cad-48ac-bdf1-b7371e43751a&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7> (Einstieg und Diskussion)

https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=cljhfm6iFCY (Argumentation Gegner)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schlecht-fuer-die-wirtschaft?id=2d006b96-8d6b-46a4-824a-3607a439f5e3> (Argumentation Gegner)

<https://www.srf.ch/play/tv/news-clip/video/direkte-demokratie-in-der-schweiz?id=0b515c2d-5c87-4c48-a64f-89a814510160> (Direkte Demokratie)

<https://www.youtube.com/watch?v=Layaf3M3u6I> (Menschenrecht)

<https://www.youtube.com/watch?v=I4vu1BJNElg> (Völkerrecht)

Texte

Argumentarium economiesuisse als PDF auf

<https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/selbstbestimmungsinitiative>

Positionspapier economiesuisse als PDF auf

<https://www.economiesuisse.ch/de/publikationen/positionspapier-zur-selbstbestimmungsinitiative-sbi>

Argumentation SVP als PDF auf

https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Argumentarium_Selbstbestimmungsinitiative-d-2.pdf

Positionspapier JA zur Selbstbestimmungsinitiative als PDF auf

<https://www.selbstbestimmungsinitiative.ch/argumente/>

Botschaft des Bundesrates als PDF auf

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/5355.pdf>